Uwe Fentsahm

„HDW hat doch gar keine Zwangsarbeiter gehabt"

Hinweise auf Zwangsarbeiterlager der Deutschen Werke Werft – außerhalb Kiels

Das obige Zitat stammt vom ehemaligen Leiter der Personalabteilung der Howaldtswerke Deutsche Werft A.G. (HDW) in Kiel. Es handelt sich um eine Äußerung gegenüber dem Verfasser[1], die deutlich machen sollte, dass es für HDW gar keine Veranlassung geben könne, sich mit finanziellen Mitteln am Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter zu beteiligen. Schließlich sei HDW erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden und habe sein Betriebsgelände damals vom Land Schleswig-Holstein käuflich erworben.[2] Dieses führende Mitglied der Geschäftsleitung hat offensichtlich – bewusst oder unbewusst – verdrängt, dass sich hinter der Firmenbezeichnung HDW auch die traditionsreiche Geschichte der Howaldtswerke und der Deutschen Werke Werft in Kiel verbirgt. Und diese beiden Werften haben im Zweiten Weltkrieg sehr wohl Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt.

Die Konzernleitung von HDW hat letztendlich – wohl auf Druck der damaligen Muttergesellschaft Babcock-Borsig – einsehen müssen, dass eine derart abwehrende Haltung gegenüber der eigenen Firmengeschichte nicht mehr zeitgemäß ist und eventuell sogar geschäftsschädigend sein könnte. Deshalb ist zumindest Babcock-Borsig dem Entschädigungsfonds beigetreten. Es wäre aber wünschenswert, wenn auch HDW sich offener zu den Geschehnissen auf dem Werftgelände in den Kriegsjahren bekennen und diese vielleicht sogar von Historikern untersuchen lassen würde. Da dies bisher nicht geschehen ist, soll im Folgenden zunächst einmal an die Zwangsarbeiterlager der Deutschen Werke Kiel (DWK) außerhalb des Stadtgebietes erinnert werden. Die innerstädtischen Lager der DWK sind bisher auch noch nicht näher beschrieben worden, sie werden aber zumindest im tabellarischen Anhang einer neueren Staatsexamensarbeit erwähnt.[3] Der Verfasser derselben weist auf Seite XIX ausdrücklich darauf hin: „Lager außerhalb Kiels fehlen in der Aufzählung."

Zwei Ereignisse mit Folgewirkungen

Bei den britischen Luftangriffen auf Kiel in der Nacht vom 7. auf den 8. April 1941 waren zum ersten Mal zahlreiche Tote (88) und Verletzte bzw. Vermisste (184) zu beklagen. Noch verheerendere Ausmaße nahmen die Bom-

benangriffe in der Nacht vom 8. zum 9. April 1941 an: 125 Tote und 197 Verletzte oder Vermisste.[4]

Diese Zahlen haben insbesondere die Kieler Rüstungsbetriebe zum Nachdenken und Handeln veranlasst. Die Werften machten sich Sorgen um die Aufrechterhaltung der Produktion von kriegswichtigen Gütern. Sie wollten sich ihre Arbeitskräfte sichern und haben deshalb alles Mögliche unternommen, um innerhalb kürzester Zeit sowohl für die deutschen Betriebsangehörigen als auch für die ausländischen Zwangsarbeiter außerhalb Kiels Wohnunterkünfte aller Art zu errichten. Die Suche nach geeigneten Grundstücken wurde in erster Linie südlich des Nord-Ostsee-Kanals durchgeführt, da man damit rechnen musste, dass auch die Kanalbrücken im weiteren Verlauf des Krieges zerstört werden könnten. Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Anlage von Wohnlagern war das Vorhandensein einer Bahnlinie und eines Bahnhofes (in fußläufig erreichbarer Nähe), um die zahlreichen Arbeitskräfte von und nach Kiel transportieren zu können.

Auf der Suche nach Lagerstandorten außerhalb Kiels[5]

Im Juli des Jahres 1941 wandte sich die DWK an den Landrat des Kreises Rendsburg und bat um den Nachweis von zwei Standorten für die Errichtung von Arbeiterwohnlagern: „Die Läger sollen in Erweiterung des in Kiel-Friedrichsort gelegenen reichseigenen Lagers Schurskamp als reichseigene Läger erstellt werden." Aus „luftschutzmässigen Gründen" sahen die Planungen den Bau der neuen Wohnlager nicht in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte vor, sondern außerhalb des Kieler Stadtbezirks.

Die DWK hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Erfahrungen im Aufbau derartiger Lager gesammelt: In demselben Schreiben an den Landrat wurde erläuternd mitgeteilt, dass „für unser Werk Kiel, ausserhalb des Kieler Stadtbezirkes z. Zt. 7 Läger erstellt werden, wovon das Lager Wattenbek im Bereich des Landratsamtes Rendsburg liegt."

Mit anderen Worten: Die Deutschen Werke Kiel plante im Jahre 1941 die Errichtung von neun Arbeiterwohnlagern außerhalb Kiels. Die Vertreter der reichseigenen Werft DWK nahmen gegenüber dem Landrat Peters eine ungewöhnlich fordernde Position ein: „In Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit dürfen wir um umgehende Erledigung bitten."

Die beiden geplanten Lager im Nordwesten Kiels

Inwieweit der Bau der Lager für das DWK-Werk in Friedrichsort tatsächlich erfolgt ist und um welche Lager es sich gehandelt hat, ist zur Zeit noch nicht hinreichend geklärt. Die Vertreter der DWK verfuhren zweigleisig und wandten sich auch an den Landrat des Kreises Eckernförde: „Da die Verkehrsverhältnisse aus dem Kreise Rendsburg zu unserem Werk Friedrichsort ausserordentlich ungünstig sind, erscheint es nach Prüfung der Verkehrsverhältnisse zweckmässiger, die beiden für unser Werk Friedrichsort vorgesehenen Ar-

beiterläger möglichst nahe an Friedrichsort heran, in das Gebiet des Landkreises Eckernförde zu legen, obgleich auch hier verkehrsmässig nicht unerhebliche Schwierigkeiten vorliegen."

Gleichzeitig wurde aber auch betont, wie kooperativ der Landrat des Kreises Rendsburg sich bisher in dieser Angelegenheit verhalten hatte. Landrat Peters habe erklärt: „Obgleich im Kreise Rendsburg z. Zt. Arbeiterwohnläger und Holzhäuser zur Unterbringung von mehreren tausend Arbeitern und Volksgenossen, die durch Luftangriffe wohnungslos geworden sind, erstellt werden", sei man durchaus bereit, weitere Standorte im Kreisgebiet zu vermitteln. Letztendlich scheint sich die DWK aber für den Kreis Eckernförde entschieden zu haben. Landrat Peters schrieb jedenfalls am 24. Juli 1941 an den Regierungspräsidenten in Schleswig, vor diesem Hintergrund „dürfte von der Einreichung von Vorschlägen für eine Unterbringung im Kreise Rendsburg abzusehen sein".

Die sieben geplanten Lager im Süden und Osten Kiels

Die Deutschen Werke Kiel teilten dem Regierungspräsidenten am 1. Juli 1941 in Bezug auf die „Errichtung von Wohnlägern zur Unterbringung von Rüstungsarbeitern" mit, dass nunmehr „endgültig folgende Lagerstandorte vorgesehen" seien: Raisdorf, Flintbek, Boksee, Wankendorf und Klein Barkau im Kreis Plön sowie Wattenbek im Kreis Rendsburg.

Das Lager in Wattenbek 1941

Im Frühjahr des Jahres 1941 hatte die DWK Kontakt zum Bürgermeister und Gastwirt Johannes Stoltenberg in Brügge aufgenommen. Dieser signalisierte die Bereitschaft des Landwirts Gustav Sander, eine Koppel zur Errichtung eines Barackenlagers zu verpachten. Dabei erwies sich der zuerst geplante Standort in Brügge als zu klein. Die Baracken mussten aufgrund der jüngsten Erfahrungen in Kiel u.a. weiter auseinander gebaut werden, d.h. der baupolizeilich vorgegebene Sicherheitsabstand war vergrößert worden. Gustav Sander offerierte der DWK deshalb das Endstück seiner langgezogenen Hauskoppel, das allerdings bereits auf Wattenbeker Gebiet lag.[6] Auf diese Weise wurde aus dem einstmals geplanten „Brügger Lager" das „Lager Wattenbek".

Der Landrat Peters in Rendsburg wurde auch um eine Stellungnahme gebeten. Er schrieb dem Regierungspräsidenten am 23. Juli: „Hinsichtlich des Wohnlagers in Wattenbek ist nichts mehr zu klären." Die Bauarbeiten auf dem 1,6 ha großen Gelände begannen und wurden offensichtlich von der Schrobdorffschen Bauverwaltungsgesellschaft in Berlin betreut. Darauf lassen jedenfalls Eintragungen im Melderegister der Gemeinde Wattenbek für das Jahr 1941 schließen: Es werden 15 Handwerker dieser Firma genannt, die für mehrere Wochen im Gasthaus von Friedrich Lüthje untergekommen waren.

Diese „im Barackenbau tätigen"

Abb. 1: Lager Wattenbek

Fachleute sorgten für die Errichtung von elf Wohnbaracken und je einer Wirtschafts-, Sanitäts-, Pförtner- und Waschbaracke. Außerdem gab es zwei Aborte, einen Kohle- und Geräteschuppen, zwei Splitterschutzgräben, einen Feuerlöschteich und einen Luftschutzbeobachtungsturm. Letzterer konnte aber auch als Wachturm mit Schießscharten benutzt werden. Das gesamte Lagergelände war von Stacheldrahtzaun umgeben.

Im November des Jahres 1941 sind die ersten 150 Spanier in die elf Wohnbaracken eingezogen.[7] Sie waren aufgrund eines staatlichen Arbeitsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und Spanien als Rüstungsarbeiter nach Deutschland gekommen.[8] Es kann davon ausgegangen werden, dass in jeder Wohnbaracke annähernd 50 Arbeiter untergebracht werden konnten: Jede Wohnbaracke bestand aus drei Zimmern mit je acht oder neun doppelstöckigen Betten. Somit ergibt sich für das DWK-Lager in Wattenbek eine Belegungskapazität von 550 Personen.

Die Leitung des Lagers hatte Wilhelm Froböse aus Rendsburg übernommen. Nachweislich haben sich in den folgenden Jahren Staatsangehörige aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Polen und der Sowjetunion im Lager Wattenbek aufgehalten. Es handelte sich in den meisten Fällen um (zivile) Zwangsarbeiter. Inwieweit das Lager auch zur Internierung von kriegsgefangenen Soldaten genutzt wurde, ist zurzeit noch unklar.

Abb. 2: Das Lager Wattenbek nach 1945

Das Lager in Flintbek 1942

Die in Wattenbek tätigen Bauhandwerker sind laut Melderegister „nach Flintbek verzogen", und es ist somit davon auszugehen, dass die Berliner Firma auch den Aufbau des DWK-Lagers in Flintbek übernommen hat. Der Kenntnisstand über das Flintbeker Lager, das im Spätsommer 1942 bezugsfertig war, ist bisher nur sehr unzureichend gewesen. Es gibt Berichte von ehemaligen Insassen des Lagers, so z. B. von dem Holländer Petrus van Eekelen: „Das Wohnlager bestand aus einer großen Anzahl Holzbaracken. Jede Baracke hatte drei Kammern, und in jeder Kammer ‚wohnten' 16 Männer in sogenannten Stapelbetten."[9] Er konnte sich auch noch sehr genau an seine Kammer erinnern und hat eine entsprechende Zeichnung mit allen Einrichtungsgegenständen angefertigt.[10]

Aufgrund einer erst seit kurzer Zeit zur Verfügung stehenden neuen Quellengruppe[11] können jetzt noch konkretere Angaben über das DWK-Lager in Flintbek gemacht werden. Das Lager „wurde unmittelbar am Dorfrand von Flintbek auf einem überwiegend der Gemeinde gehörigen Gelände errichtet und umfaßt: 11 Wohn-, 1 Verwaltungs-, 1 Wirtschafts-, 1 Sanitäts-, 2 Wasch- und 2 Abort-Baracken mit einer Unterbringungsmöglichkeit von etwa 500 Personen". Das waren zumeist Holländer, aber es soll auch 177 Belgier gegeben haben, die auf der Werft in Kiel gearbeitet und im Lager in Flintbek gewohnt haben. Die Leitung des Lagers hatte zunächst Heinrich Möller aus Flintbek und dann Hans Witt aus Lunden inne.[12]

Zur genaueren Lokalisierung des Lagers in Flintbek können auch die Angaben von Petrus van Eekelen herangezogen werden: „Wenn wir abends mit dem Zug von Kiel nach Flintbek kamen, mussten wir vom Zug aus über einen Überweg auf die andere Seite der Eisenbahnlinie und danach einem Weg geradeaus folgen, der ordentlich in die Höhe lief, um die Kirche herum, und dann etwas weiter war das Lager. Ich erinnere mich, dass da gerade außerhalb des Lagers ein Café war, dessen Eigentümer Butenschön genannt wurde."[13]

Über das Essen im Lager wurden sehr unterschiedliche Ansichten vertreten: Petrus van Eekelen erinnerte sich im Jahre 1994: „Das Essen war am Anfang nicht schlecht, aber je länger der Krieg dauerte, umso schlechter wurde es. Kohlsuppe und Steckrüben waren an der Tagesordnung."[14] Seine erste Mahlzeit in Flintbek hat er folgendermaßen beschrieben: „Nachdem wir das [Essen] eben probiert hatten, schoben wir es weg, denn wir fanden, daß es reines Schweinefutter wäre. Später sollten wir es schon gerne essen, denn Hunger macht alles lecker."[15] Ein Vertreter der DWK äußerte sich dagegen im Oktober 1947 gegenüber den Besatzungsbehörden: „Die Verpflegung im Lager [Flintbek] war reichlich und gut, sodaß uns nie Klagen bekanntgeworden sind. Außerdem wurde im Werk [in Kiel] ein warmes Mittagessen verabfolgt, wie es auch die deutschen Arbeitskräfte erhielten."[16]

Das Lager am Postsee in Preetz 1941

In Preetz war die Baugesellschaft der DWK, die Kieler Werkswohnungen GmbH, im Frühjahr 1941 als Bauträger des „Sonderwohnungsbauprogramms Nordmark" in Erscheinung getreten. Es sollten in einem groß angelegten Projekt finnische Holzhäuser für die in Kiel ausgebombten deutschen „Gefolgschaftsmitglieder" der DWK errichtet werden. Dies war nur durch den Einsatz zahlreicher Zwangsarbeiter möglich, für deren notdürftige Unterbringung wiederum Holzbaracken erstellt werden mussten: „Außer den Wohnungsbauten (Finnensiedlung) beabsichtigten die ‚Deutschen Werke' an der Pohnsdorfer Straße (Koppel hinter den Klosterkaten) 7 große Baracken für insgesamt 500 Arbeiter zu errichten."[17]

Es ist davon auszugehen, dass das Barackenlager auch tatsächlich gebaut wurde, denn im Einwohnermelderegister der Stadt Preetz taucht die Bezeichnung „Barackenlager am Postsee" für zahlreiche Zwangsarbeiter als Wohnadresse auf.[18]

Das Lager in Boksee 1942

Über das Lager in Boksee berichtete die DWK im September 1942 dem Landrat des Kreises Plön, dass es „sich zur Zeit in der Fertigstellung" befand und „ab 1. Oktober bezogen werden" sollte. Neben dem Lagerpersonal war an die Unterbringung von rund 500 ausländischen Arbeitern gedacht worden. Genau wie in Wattenbek gab es elf Wohnbaracken und eine Wirtschaftsbaracke, in der sich auch eine Kantine befand. In der Kantine durfte der Ausschank von Flaschenbier und alkoholfreien Getränken „nur an die im Wohnlager Boksee untergebrachten (ausländischen) Gefolgschaftsmitglieder erfolgen". Der Landrat hatte dies dem Regierungspräsidenten im Januar 1943 für die Genehmigung einer entsprechenden Schankkonzession zugesagt. Er verfolgte damit aber auch einen bestimmten Zweck: „Es ist erwünscht, die Ausländer soviel wie möglich von den deutschen Volksgenossen fern zu halten."[19] Das Lager befand sich in unmittelbarer Nähe des Bokseer Bahnhofs auf der westlichen Seite der (heute nicht mehr vorhandenen) Bahnlinie Segeberg-Kiel.

Im Juli 2002 konnte der Verfasser ein Gespräch mit einer Zeitzeugin führen. Es handelte sich um die Tochter eines Bokseer Bauern, die in unmittelbarer Nähe des Lagers gewohnt hat. Sie war in der damaligen Zeit Schülerin und berichtete lebhaft davon, dass in den Baracken die auswärtigen Lehrlinge der DWK untergebracht gewesen seien. An Ausländer als Lagerbewohner konnte sie sich nicht mehr erinnern. Im Gegensatz dazu konnte sie aber mit Bestimmtheit einen Ortsbewohner benennen, der damals als Aufseher im Lager gearbeitet hatte.

Ob die DWK – wie geplant – auch in Klein Barkau und in Wankendorf derartige Wohnlager errichten ließ, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls gibt es derzeit keinerlei Hinweise darauf. Dafür intensivierte die Kieler Werft ihre Bautätigkeit am südöstlichen Stadtrand in Raisdorf und Rastorf an drei Standorten.

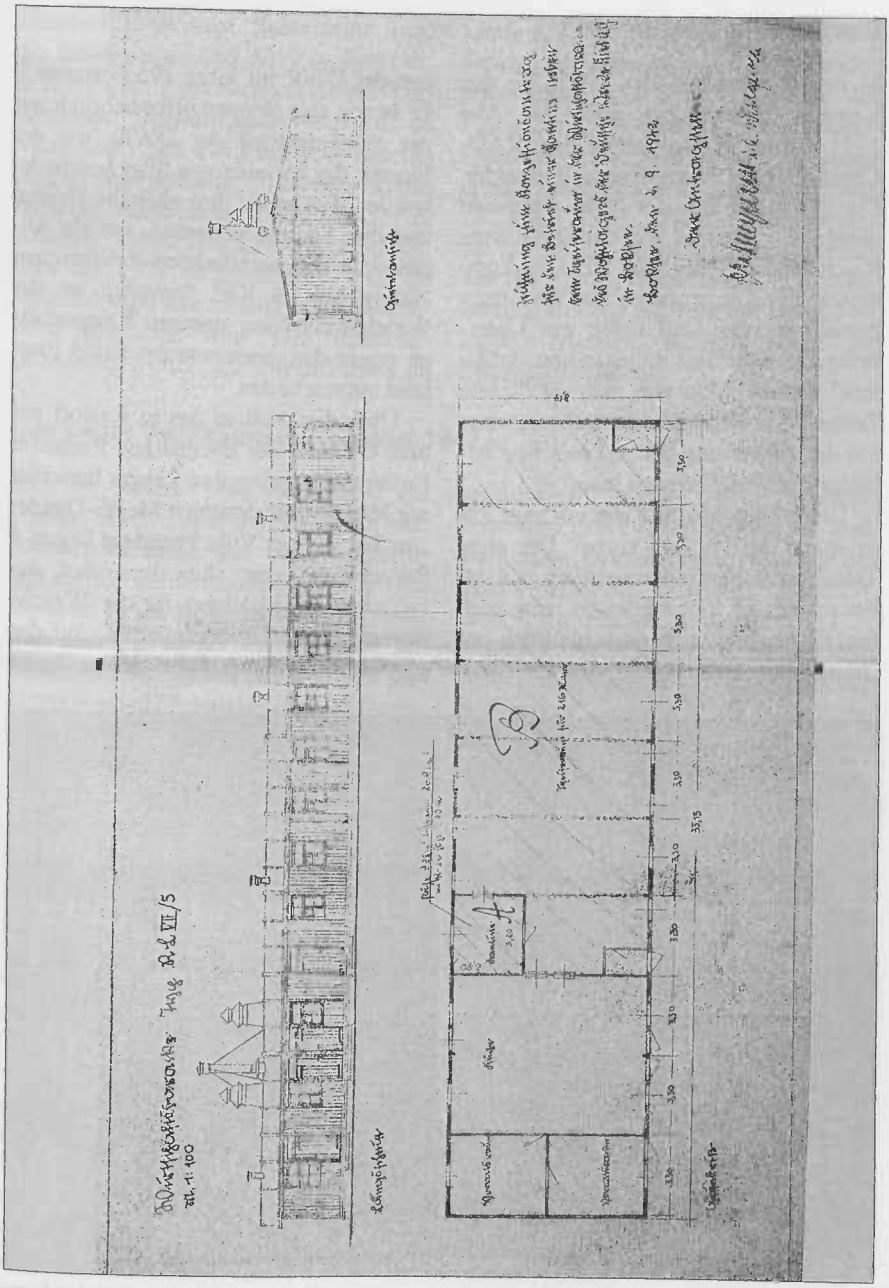

Abb. 3: Grundrisszeichnung der Wirtschaftsbaracke für das Lager Boksee, 2.9.1942

Das Lager in Rastorf 1941

In einem Schreiben der DWK an den Regierungspräsidenten vom 26. Mai 1941 wurde die Übernahme einer RAD-Unterkunft im Schwentinetal vermeldet. Diese – nahe bei der Villa Fernsicht gelegene – Baracke war der DWK vom Reichsarbeitsdienst über das Oberkommando der Kriegsmarine zur Verfügung gestellt worden und sollte zur Unterbringung „von 200 italienischen Arbeitern" dienen. Man war sich zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht sicher, „wann mit der Zuweisung der italienischen Arbeiter gerechnet werden kann".[20]

Diese Ungewissheit war ein paar Tage später am 10. Juni vorbei: Der erste Transport italienischer Arbeiter war im Barackenlager Schwentinetal eingetroffen. Es handelte sich ausschließlich um „freiwillige" Arbeitskräfte, wie der Chronist der DWK im Jahre 1955 betonte.[21] Er bezog sein Wissen offensichtlich aus der Werkszeitung der DWK, wo der Einsatz der Italiener wie folgt begründet wurde: „Sie haben ihre südliche Heimat und ihre Familie verlassen, um als Abgesandte der verbündeten italienischen Nation hier in Kiel freiwillig an der Wehrhaftmachung unserer Kriegsmarine gegen den gemeinsamen Feind England mitzuarbeiten."[22]

Über den Aufbau des in Rastorf auf dem Gelände der ehemaligen Rastorfer Papiermühle gelegenen Lagers berichtet der RAD-Mann Joachim Meyer-Quade: „Im Tal vor der Villa Fernsicht liegen 4 Baracken vor dem alten Bauernhof, dazwischen ein Holzhaus für die Waschräume und die Grubentoiletten. Auf der gegenüberliegenden Seite der in ihrem

Abb. 4: Begrüßung der italienischen Arbeiter in der Werkszeitung von 1941

Steinbett fließenden Schwentine liegt die Ess-Baracke und die Zeugkammer, in einer alten Villa wohnen unsere Vorgesetzten." Meyer-Quade war dort im März und April 1945 mit 250 anderen Jungen untergebracht, „um eine vormilitärische Ausbildung beim RAD zu erhalten". Es ist also davon auszugehen, dass die 1941 eingetroffenen Italiener nicht bis zum Kriegsende im Schwentinetal geblieben sind. Der Reichsarbeitsdienst (RAD) hat offensichtlich im Laufe der Zeit gegenüber der DWK in Bezug auf die Baracken Eigenbedarf angemeldet. Die Baracken haben den Krieg nicht überstanden, denn Meyer-Quade berichtet über einen lang andauernden Bombenangriff am Freitag, dem 13. April 1945: „Aber dann kommen die Luftminen, sie reißen einem die Luft aus der Lunge, zerfetzen alle Holzbaracken, brechen die Äste der Bäume ab, kippen Mauern um und ebnen die Deckungslöcher ein."[23]

Das Lager Karkkamp in Raisdorf 1942

Am 30. Januar 1942 beantragte die DWK beim Landrat in Plön eine Schankkonzession für den Kantinenbetrieb im firmeneigenen „Wohnlager Raisdorf II am Rosenfelder Weg, welches sich z.Z. in der Fertigstellung befindet."[24] Hier sollten „ausser dem Lagerpersonal 275 ausländische Arbeiter untergebracht" werden. Der Raisdorfer Bürgermeister erläuterte dem Amtsvorsteher in Klausdorf am 11. Februar die Situation noch einmal: „Es handelt sich um das Lager an der Strasse nach Rosenfeld. Eine Kantine ist für das Lager notwendig, da das Gasthaus Schlüter für die Kriegszeit geschlossen und in erreichbarer Nähe keine Gelegenheit zum Einkauf von Getränken etc. vorhanden ist." Der Amtsvorsteher sah ebenfalls die Dringlichkeit der Kantinengenehmigung und gab wiederum dem Landrat am 21. Februar weitere Argumentationshilfe: „Das Lager liegt an der Straße nach Rosenfeld. Die dort liegende Gastwirtschaft ‚Rosenheim' ist z. Zt. wegen Einberufung des Ehemannes der Inhaberin und wegen Benutzung des Saales als Lagerraum für Militärgut geschlossen." Aus einem weiteren Schreiben des Bürgermeisters ist auch die genaue Grundbuchbezeichnung des Lagers bekannt: „Raisdorf, Band II, Blatt 3, Kartenblatt 4, Parzelle 33/11".

Das Lager Raisdorf II ist mit dem (später so genannten) Lager Karkkamp in Raisdorf identisch.[25] Es lag auf der nördlichen Seite des Rosenfelder Weges, des heutigen St.-Martins-Weges, genau gegenüber dem Hotel Rosenheim, dem früheren Gasthaus Schlüter. Das Gelände war 200 m lang, 60 m breit und damit 1,2 ha groß. Zur Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte waren drei Wohnbaracken mit einer Grundfläche von jeweils fast 500 qm errichtet worden.[26] Die Wirtschaftsbaracke, in der wohl auch die Kantine untergebracht war, hatte eine Länge von 33,15 m und eine Breite von 8,14 m. Die Sanitätsbaracke war ebenfalls 8,14 m breit, aber 37,8 m lang. Sie diente u.a zur Unterbringung einer Wachstube. Außerdem gab es auf dem teilweise mit Rundhölzern und Maschendraht eingezäunten Gelände noch den obligatorischen Feuerlöschteich, zwei Splitter-

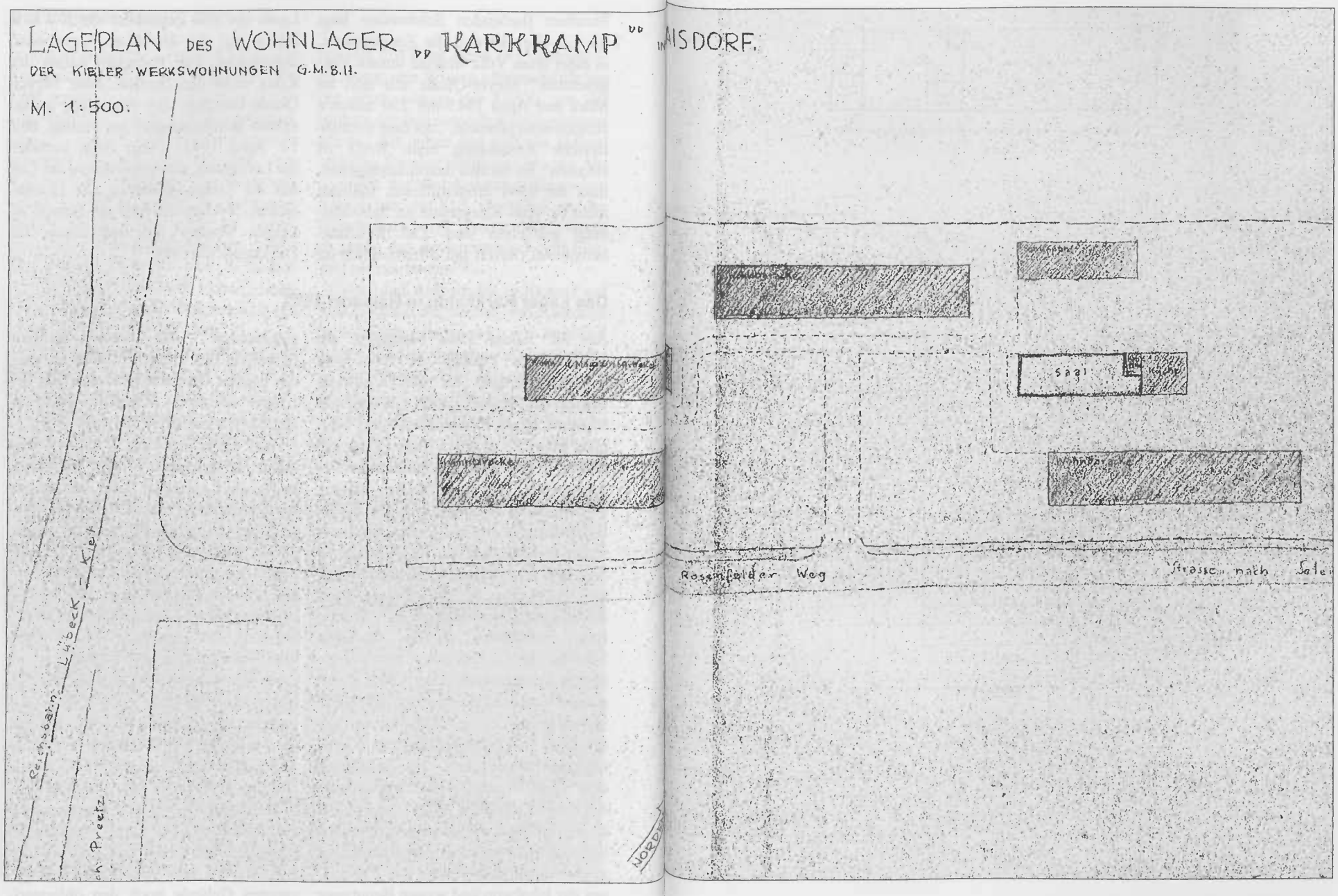

Abb. 5: Grundriss des Lagers Karkkamp in Raisdorf vom 15.5.1946

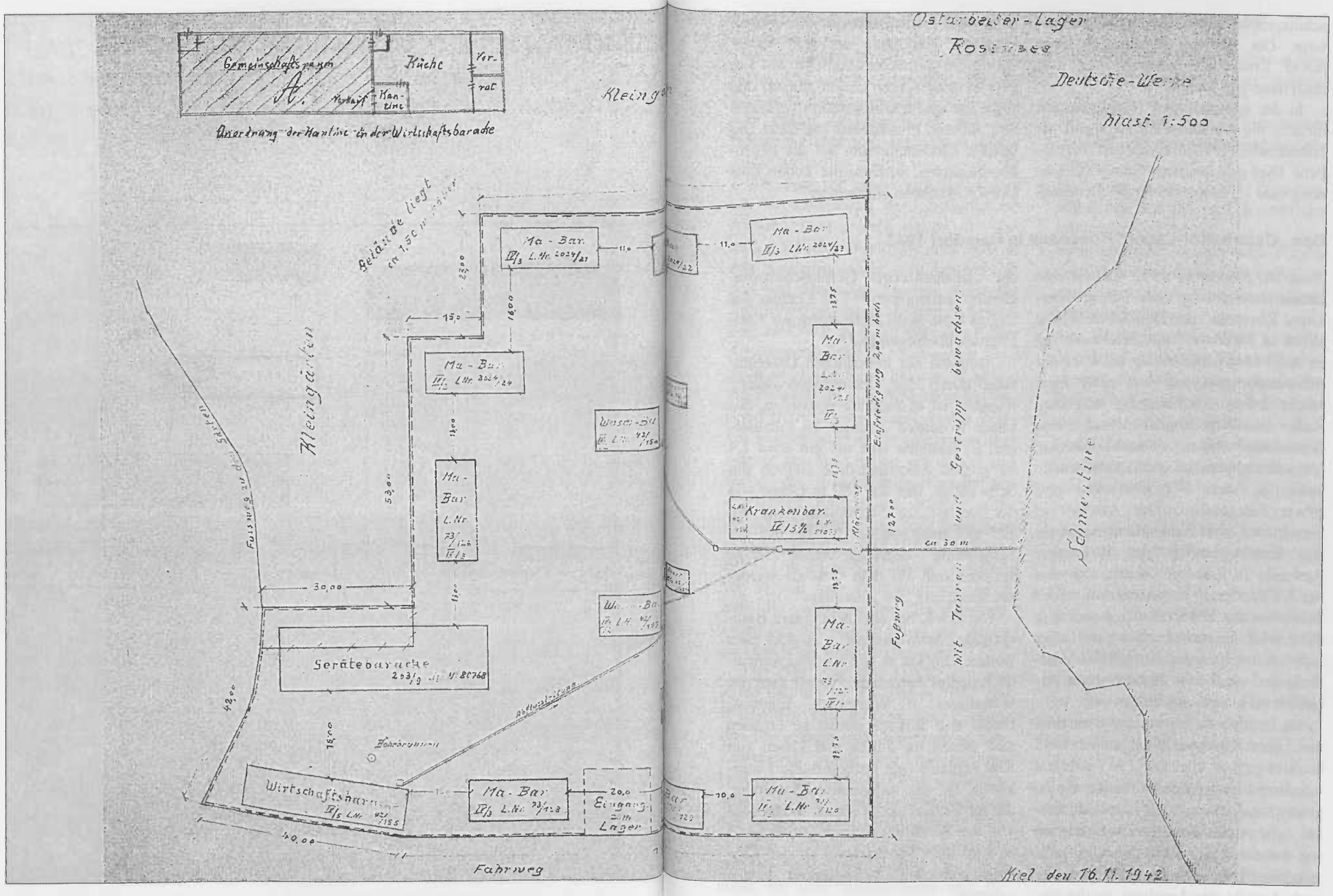

Abb. 6: Grundriss des Ostarbeiterlagers Rosensee in Raisdorf vom 16.11.1942

schutzgräben und einen Beobachtungsturm. Die Leitung des Lagers hatte Adolf Kruse übernommen, der dort auch dauerhaft wohnte.[27]

In der unmittelbaren Nachkriegszeit dienten die Baracken überwiegend als Unterkünfte für Flüchtlinge und Vertriebene. Dies geht aus einer Grundrisszeichnung vom 15. Mai 1946 für die Genehmigung eines Kantinenbetriebes im Flüchtlingslager Karkkamp hervor.[28] Später wurde die Wirtschaftsbaracke des Lagers zu einer Kirche umfunktioniert und sogar mit einem Glockenturm versehen. Aus diesem Provisorium ist dann das heutige Kirchenzentrum auf der gegenüberliegenden Straßenseite neben dem Hotel Rosenheim entstanden.[29]

Das „Ostarbeiter-Lager" Rosensee in Raisdorf 1943

Vom 16. November 1942 stammt eine Grundrisszeichnung zum „Ostarbeiter-Lager Rosensee" der Deutschen Werke Werft in Raisdorf. Laut Zeichnung lag es in 30 Meter Entfernung am Ufer der Schwentine und war mit einer zwei Meter hohen Einfriedigung umgeben. Außer zehn Wohnbaracken waren je eine Wirtschaftsbaracke, Krankenbaracke, Verwaltungsbaracke und Gerätebaracke sowie je zwei Waschbaracken und Aborte vorgesehen. Der Antrag auf Gewährung einer Schankkonzession für den Kantinenbetrieb „im Wohnlager Rosensee in Raisdorf" wurde aber erst am 2. Oktober 1943 gestellt. Im selben Schreiben der DWK an den Landrat in Plön wird ausgesagt, dass das Lager sich zzt. noch in der Fertigstellung befinde und rund 500 ausländischen Arbeitern als Unterkunft dienen solle.

Es ist also davon auszugehen, dass das Lager Rosensee zwar schon 1942 konkret geplant aber erst 1943 errichtet worden ist. Auf jeden Fall sollte die lagerinterne Kantine auch hier dazu dienen, „die Ausländer soviel wie möglich von den deutschen Volksgenossen fernzuhalten." Die Schankkonzession sollte nach Ansicht des Landrats an die Bedingung geknüpft sein, Getränke nur an die „ausländischen Gefolgschaftsmitglieder" auszugeben.[30] Die Leitung des Lagers hatte Willi Pichelmann aus Kiel-Ellerbek übernommen.[31]

Aufgrund der freundlichen Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung Raisdorf ist es möglich geworden, das Lager Rosensee genauer zu lokalisieren: Es handelte sich um ein etwa 1,4 ha großes Eckgrundstück südlich der Schwentine, das auf 150 m Länge von der Straße „Zur Schwentine" und auf 127 m Länge von der Straße „An der Schwentine" begrenzt wurde. Heute befindet sich auf dem Gelände wieder ein Sportplatz, der „Jahnplatz".

Die DWK hat also neben dem Barackenlager Schwentinetal in Rastorf zwei weitere Objekte in der Nachbargemeinde Raisdorf betrieben. Nimmt man die Wohnlager in Wattenbek, Flintbek, Preetz und Boksee hinzu, so ergeben sich sieben im Süden und Osten von Kiel geplante und fertiggestellte Unterkünfte für die zahlreichen Ausländer, die im Verlauf des Zweiten Weltkriegs von der Werft angefordert wurden und in Kiel oder Friedrichsort in der Rüstungsproduktion Zwangsarbeit leisten mussten.

Die Anwerbepraxis der DWK zum Erhalt von Zwangsarbeitern

Um den immer größer werdenden Arbeitskräftemangel zu beheben, war die Deutsche Werke Werft in Kiel zu einer sehr engen Zusammenarbeit mit dem örtlichen Arbeitsamt gezwungen. Diese Zusammenarbeit wurde von Seiten der DWK nicht nur passiv gestaltet, indem um die Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften ersucht wurde; die Leitung der Kieler Werft war auch aktiv in den Anwerbeprozess von Arbeitern in den von deutschen Truppen besetzten Territorien involviert. In einem Schreiben der DWK an den Leiter des Kieler Arbeitsamtes vom 20. November 1941 heißt es: „Es ist Ihnen bekannt, dass wir zur Anwerbung von Arbeitskräften unseren Betriebsleiter Stanetzki des Werkes Friedrichsort in das Generalgouvernement geschickt haben, um an Ort und Stelle die Einstellungsverhandlungen einzuleiten. Es hat sich ergeben, dass die ursprüngliche Form der Übernahme voraussichtlich nicht durchzuführen ist."[32] Der letzte Satz dieses Abschnittes bezieht sich höchstwahrscheinlich auf die gescheiterten Bemühungen, Polen auf freiwilliger Basis zur Arbeit im Deutschen Reich zu bewegen.

Der Vertreter der DWK war auf jeden Fall am 10. November 1941 „im Werbebüro Krakau" mit einem leitenden Mitarbeiter des Arbeitsamtes (Dr. Lehrmann)[33] sowie dem Oberingenieur Niebuss von der Kieler Firma Electroacustic und dem Direktor Pumplun von den Mitteldeutschen Stahlwerken (Werk Gröditz) zu einer Besprechung zusammengetroffen. Dabei stellte Dr. Lehrmann ein sehr eigenwilliges und für die Vertreter der Industriebetriebe sehr zweifelhaftes und ungewöhnliches Programm zur Gewinnung von Arbeitskräften vor:

- Die sich bewerbenden Polen sollten „höflich und zuvorkommend beraten werden."
- Es sollten ihnen „sogar" Zigaretten angeboten werden (auf Kosten der interessierten Firmen).
- Firmenvertreter sollten sich ständig vor Ort in den Werbebüros aufhalten, um Interessenten jedwede Auskunft geben zu können.
- Aus Werbegründen sollten Lichtbilder des Firmengeländes und insbesondere der Aufenthaltsräume für die Belegschaft angefertigt und den Interessierten vorgelegt werden.
- Den Polen sollten nach Ansicht von Dr. Lehrmann „die Lebensbedingungen so leicht wie irgend möglich" gemacht werden. Diese Idee war nach Ansicht der DWK „nicht mit den vorliegenden Bestimmungen" in Einklang zu bringen.
- Die Firmen sollten den Polen finanziell entgegenkommen und z.B. auf die Wohnungsmiete von wöchentlich RM 3,50 verzichten oder die Verpflegungskosten zu einem reduzierten Satz erheben. Für die DWK bedeuteten diese Vorschläge „eine wesentliche Zubusse seitens des Werkes".
- Kinderlosen Ehepaaren sollte nach Möglichkeit die gemeinsame Beschäftigung und Unterbringung in Deutschland gewährleistet werden.
- Abschließend schlug Dr. Lehrmann noch vor, „von den Polen Aufnahmen in ihren Aufenthaltsräumen zu ma-

chen und ihnen hiervon Postkartenabzüge kostenlos einschliesslich Porto zur Verfügung zu stellen."

Dieses außergewöhnliche Anwerbeprogramm war den DWK-Verantwortlichen sehr suspekt. Sie baten den Leiter des Arbeitsamtes in Kiel, sich dieser Vorschläge einmal anzunehmen und „uns grundsätzlich Ihre Stellungnahme dazu" zu übermitteln. Die geforderte Stellungnahme erfolgte durch den NSDAP-Kreiswirtschaftsberater beim Arbeitsamt. Er wandte sich an den stellvertretenden Gauleiter Sieh und verkündete, dass er die von Dr. Lehrmann „in Krakau vertretene Auffassung über die Behandlung von polnischen Arbeitern [...] unter keinen Umständen gutheissen" könne. Er wollte diesbezüglich dem Reichstreuhänder der Arbeit Bericht erstatten und diesen bitten, „von Seiten der Partei gegen die von Herrn Dr. Lehrmann vertretene Einstellung vorzugehen."[34]

Die betriebsinterne (Ungleich-)Behandlung der Zwangsarbeiter

Im März des Jahres 1945 sahen sich die 1943 aus dem flämischen Teil Belgiens angeworbenen Arbeitskräfte der DWK-Friedrichsort im Lager Schurskamp zum Protest genötigt:

1. Obwohl die Flamen bereits zwei Jahre in Kiel arbeiten würden, hätten sie im Gegensatz zu den später hinzugekommenen Armeniern und Holländern noch keine neuen Bekleidungsstücke erhalten.

2. Flamen, die sich mit Hilfe eines Bezugsscheines neue Schuhe besorgen wollten, waren mit den Worten weggeschickt worden: „Gibt's nicht für Ausländer."

3. In der Abteilung Transportbetrieb der DWK-Friedrichsort sei die Arbeitszeit so geregelt, dass am Montag nur die Ausländer arbeiten würden, während die deutschen Gefolgschaftsmitglieder frei hätten.

4. In mehreren Abteilungen wären die Flamen von der Verteilung von Fischen ausgeschlossen worden, obwohl in der Kupferschmiede „sogar die Russen" Fische erhalten hätten. Generell sei die Verteilung von Fischen an Polen und Russen ja nicht vorgesehen gewesen.[35]

Der Verbindungsmann der Flamen im Lager Schurskamp wandte sich mit diesen Beschwerdepunkten an den zuständigen Gauverbindungsmann der Flamen bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in Kiel, Fährstraße 22, und erbat diesbezüglich ein Einwirken auf die Betriebsleitung der DWK-Friedrichsort. Von dort wurde dem Gauverbindungsmann der Flamen am 22. März 1945 geantwortet:

1. Kleidungskontingente, die vom Wirtschaftsamt für Armenier vorgesehen seien, könnten nicht einfach an Flamen abgegeben werde. Aber „Flamen bekommen ihr Arbeitszeug genauso, wie die Deutschen".

2. Das Stadtwirtschaftsamt nimmt uneingeschränkt Anträge auf Schuhzuteilung sowohl von Deutschen als auch von Ausländern an.

3. Im Werk Friedrichsort ist „seit längerer Zeit die fünftägige Woche eingeführt" und der Montag sei im Allgemeinen arbeitsfrei. Wenn nun am Montag trotzdem einige Leute gebraucht

würden, „dann ist es doch wohl selbstverständlich, dass man für diese Arbeiten die Ausländer heranzieht." Schließlich würden die Deutschen am Sonnabend und Sonntag Volkssturmdienst und Streifendienst leisten.

4. Bei der Verteilung von Dosenfisch sollten nur deutsche Gefolgschaftsmitglieder berücksichtigt werden, „weil nicht so viel vorhanden war, um die Ausländer mit zu betreuen". Darüber, dass „sogar die Russen Fische bekommen" haben sollten, liegen keine Erkenntnisse vor.

Generell vertrat der Betriebsobmann der DWK-Friedrichsort in seinem Schreiben die Ansicht: „Alle Ausländer, die in unserem Werk beschäftigt sind, haben keinen Anlass, sich zu beklagen. Wenn aber extra Verteilungen durch unser Werk gegeben werden, die nur für Deutsche bestimmt sind, kann man es an Ausländer nicht abgeben. Im Übrigen wache ich schon darüber, dass jeder Ausländer seine gerechte Behandlung erhält."[36]

Die Problematik der falschen Versprechungen bei Anwerbungen

Diesen Vorfall bei der DWK-Friedrichsort nahm auch die Hauptaußenstelle des Sicherheitsdienstes (SD) in Kiel zur Kenntnis. Für den dortigen Leiter kam darin „das Kernproblem des flämischen Arbeitseinsatzes zum Ausdruck". Die Flamen würden sich auf die bei der Anwerbung versprochene „volle Gleichberechtigung mit dem deutschen Arbeiter in jeder Beziehung unter Hinweis auf die germanische Schicksalsgemeinschaft" berufen. Und „man dürfte sich nicht wundern, so sagen politisch interessierte, deutschfreundlich eingestellte Flamen, wenn die große Masse der Flamen sich bei derartigen unehrlichen deutschen Methoden von dem Gedanken einer germanischen Schicksalsgemeinschaft abwendet und sich lediglich als Ausländer fühlt."[37]

Anmerkungen

1. Der Verfasser war am 29. Mai 2000 im Rahmen einer Weiterbildungsmaßnahme des IPTS zum Wirtschaft/Politik-Lehrer Gast bei HDW und konnte den damaligen Leiter der Personalabteilung in einer Kaffeepause zu seiner Meinung hinsichtlich eines Beitritts von HDW zum Entschädigungsfonds befragen.

2. Die Mitarbeiterschulung bei HDW sollte dringend um den Bereich der eigenen Firmengeschichte erweitert werden, denn am 30. April 1955 verkündete das Amtsgericht Kiel: „Im Einvernehmen mit dem alleinigen Besitzer, der Bundesrepublik Deutschland, ist die Deutsche Werke Kiel Aktiengesellschaft [...] mit der Kieler Howaldtswerke Aktiengesellschaft durch Aufnahme verschmolzen worden." Die DWK-Aktiengesellschaft war damit erloschen. (Jörg Talanow: Kiel – so wie es war (2), Düsseldorf 1978, S. 91)

3. Jörg Tillmann-Mumm: Der ‚Fremdarbeitereinsatz' in der Kieler Rüstungsindustrie 1939–1945, Kiel 1999. Hier werden im Anhang 109 „Wohnunterkünfte" von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen innerhalb Kiels aufgelistet. Davon wurden neun Objekte von der DWK eigenverantwortlich oder zusammen mit anderen Werften und sonstigen Firmen betrieben.

4. Kiel im Luftkrieg 1939–1945, Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 13, Kiel 1980, S. 132.

5. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf entsprechende Schriftwechsel, die in:

LAS Abt. 320 RD ungeordnet, Bd. 483, vorl. Nr. 5 überliefert sind. Den Hinweis auf diese Akte verdanke ich freundlicherweise Rolf Schwarz (Rendsburg), der diesen Vorgang bereits 1988 im Landesarchiv in Schleswig entdeckt hat.

6. Das Gelände befand sich auf der östlichen Seite der heutigen Schulstraße in Wattenbek. seit 1978 befinden sich dort die Straßen Birkenweg, Buchenweg und Saalskamp mit zahlreichen Wohnhäusern.

7. Diese Angabe entstammt einem Schriftwechsel, den die DWK 1942 führen musste, um für die Kantine im Lager Wattenbek eine Schankkonzession zu erhalten (LAS Abt. 320 ungeordnet, Bd. 37, Nr. 905). Auf diese Akte hat mich freundlicherweise Hartmut Hildebrandt (Neumünster-Einfeld) aufmerksam gemacht.

8. Vgl. dazu Klaus-Jörg Ruhl: Spanien im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1975, S. 47 und Anm. 152 auf S. 313. Demnach waren Anfang Dezember 1941 im zweiten Arbeitertransport 600 Bau- und Metallarbeiter aus Spanien nach Deutschland und wohl auch nach Schleswig-Holstein gekommen.

9. Peter Meyer-Strüvy: Niederländische Zwangsarbeiter in Kiel und Lübeck, in: *ISHZ* 25 (1994), S. 5.

10. Peter Meyer-Strüvy: Niederländische Zwangsarbeiter in Kiel, in: *ISHZ* 28 (1995), S. 44.

11. Es handelt sich um die (deutsche) Ursprungsfassung der so genannten Form-96-Bögen, die jetzt im Landesarchiv in Schleswig in Abt. 415, Nr. 3424 und 3425 vorliegt. Die Bögen sind in den ersten Nachkriegsjahren im Auftrag der belgischen Regierung von den schleswig-holsteinischen Gemeindeverwaltungen erstellt worden. Vgl. dazu Gerhard Hoch und Rolf Schwarz (Hg.): Verschleppt zur Sklavenarbeit, Nützen und Alveslohe 1985, S. 150ff. Den Herausgebern lagen 1985 nur die französischen Übersetzungen der Bögen vor, die nicht alle Informationen der deutschen Originale enthalten. Zusätzlich befinden sich in dem neuen Bestand Schreiben von Firmen, die Angaben über ihre Lager aus der NS-Zeit gemacht haben.

12. Schreiben der DWK vom 30.10.1947 an eine Besatzungsbehörde in Hamburg und Schreiben der Kieler Werkswohnungen GmbH vom 21.2.1948 an die DWK (LAS Abt. 415, Nr. 3424).

13. Wie Anm. 10, S. 43.

14. Wie Anm. 9.

15. Wie Anm. 10, S. 45.

16. Wie Anm. 11.

17. Schreiben vom 12.5.1941, in: Preetzer Stadtarchiv (PSA) 241.

18. Peter Pauselius: Dokumentation über die Kriegsgefangenen, Fremd- und Ostarbeiter in Preetz 1939–1946. Großbarkau 1996, S. 25ff.

19. LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3012. Auf die Bedeutung von „Schankkonzessionen als besondere Quellengruppe zur Erforschung der Zwangsarbeit (1939–1945)" hat der Verfasser erst kürzlich hingewiesen, in: *ISHZ* 37 (2000), S. 100ff.

20. LAS Abt. 320 RD ungeordnet, Bd. 483, vorl. Nr. 5.

21. Otto K.W. Neuerburg: Menschenwerk im Mahlstrom der Macht – Die hundertjährige Geschichte der Kaiserlichen Werft Kiel und der Deutschen Werke Kiel A.G., Kiel 1955, S. 387.

22. „Unseren italienischen Arbeitskameraden zum Gruß!", in: Werks-Zeitung der DWK 1941, Folge 7, S. 12 (Archiv HDW, Kiel).

23. Joachim Meyer-Quade: Die letzten 30 Tage des II. Weltkrieges in Schleswig-Holstein. Tagebuch-Erinnerungen eines RAD-Mannes, S. 37. Zur Geschichte des RAD in Raisdorf vgl. die Ortsgeschichte: Raisdorf. Eine Chronik mit Bildern aus Vergangenheit und Gegenwart. Hamburg 1988, S. 101.

24. LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3223, gilt auch für die nachfolgenden Zitate.

25. Im Archiv der Gemeinde Raisdorf befindet sich ein 1941 im Auftrag der DWK erstellter „Lageplan für das Wohnlager der Deutsche Werke Kiel A.G. in Raisdorf".

26. Ebd., die Wohnbaracken waren 48,8 m lang und 10,2 m breit.

27. Schreiben der Kieler Werkswohnungen GmbH vom 21.8.1948 an die DWK (LAS Abt. 415, Nr. 3424).

28. LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3224.

29. Gemeindebrief der Kirchengemeinde St. Martin in Raisdorf, Pfingsten 2000, S. 13f., und Raisdorf (wie Anm. 23), S. 59ff.

30. Alle Zitate stammen aus dem in LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3223 überlieferten Schriftwechsel.

31. Wie Anm. 27.

32. LAS Abt. 454, Nr. 4 I, S. 301034f. Auf dieses Dokument hat Detlef Korte bereits 1991 hingewiesen: „Erziehung" ins Massengrab. Die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Nordmark. Kiel-Russee 1944–1945, S. 48.
33. Dr. Lehrmann wird von D. Korte (wie Anm. 32) fälschlicherweise als Vertreter der DWK bezeichnet.
34. Zitiert nach Korte (wie Anm. 32), S. 48f.
35. LAS Abt. 455, Nr. 21, S. 2564.
36. Ebd., S. 2564 A.
37. Ebd., S. 2563.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Air Photo Library, University of Keele, Department of Geography.
Abb. 2: Wattenbek nach 1945
Abb. 3: LAS Abt. 320 Plön, Nr. 3012
Abb. 4: Werks-Zeitung der DWK Folge 7/1941, S. 12
Abb. 5: LAS Abt.320 Plön, Nr. 3224
Abb. 6: LAS Abt.320 Plön, Nr. 3223